

Antragsteller

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgernähe/Piraten

Drucksachen-Nr.

4115/2014-2020

Datum:

06.12.2016

**An den Vorsitzenden des
Schul- u. Sportausschusses**

Anlage zu TOP **9**
Bezirksvertretung Heepen
26.01.2017

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Schul- u. Sportausschuss	06.12.2016	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten vom
06.12.2016 zur Schulentwicklungsplanung im Sekundarbereich**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule am früheren Schulstandort Brodhagen sicher zu stellen. Dabei ist eine Kooperation mit dem Max-Planck-Gymnasium zu erreichen.
2. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule am früheren Schulstandort Kuhlo-Schule sicher zu stellen. Dabei ist eine Kooperation mit dem Helmholtzgymsnasium und dem Ceciliengymnasium zu erreichen.
3. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule im Stadtbezirk Gadderbaum sicher zu stellen. Dabei sind alle notwendigen Gespräche zu führen, um eine Kooperation mit dem Gymnasium des privaten Schulträgers v.-Bodelschwinghsche-Stiftungen zu erreichen, wobei der Erhalt der Trägerschaft der v.-Bodelschwinghschen-Stiftungen oberste Priorität hat.
4. zu prüfen, ob eine Übernahme des Konzeptes der Sekundarschule Bethel möglich ist; dabei ist auch zu prüfen, ob andere alternative Schulsysteme am Standort möglich sind.
5. zu prüfen, ob eine Übernahme/Nutzung von Schulgebäuden des dortigen Sekundarschulstandortes mit den finanziellen Interessen und Möglichkeiten der Stadt Bielefeld vereinbar ist.

6. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2017/2018 den Betrieb einer Realschule im Ganztagsbetrieb im freiwerdenden Schulgebäude Baumheide sicher zu stellen.
7. einen zusätzlichen einzügigen Ausbau der Gesamtschule Quelle schnellstmöglich zu erreichen.
8. bis zur nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 17. Januar 2017 im Einzelnen darzulegen, welche schulorganisatorischen Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten gemeinsamen Ziele notwendig sind.
9. Sollte die Verwaltung externe Hilfe zur Erreichung der oben genannten gemeinsamen Ziele benötigen, soll sie diese in Anspruch nehmen und den Schul- und Sportausschuss hierüber regelmäßig informieren.
10. Der Schul- und Sportausschuss wird in jeder Sitzung unter einem ordentlichen Tagesordnungspunkt über den Verlauf der beauftragten und weiterhin notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen informiert.

Begründung:

Der Schul- und Sportausschuss beabsichtigt, in dieser Sitzung zu entscheiden, die Schulform der Hauptschule nicht mehr fortzuführen, nachdem die schulgesetzlich vorgeschriebenen Fortführungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Anmeldezahlen nicht mehr nachhaltig vorgelegen haben.

Bei dieser Entscheidung haben die Fraktionen nicht außer Acht gelassen, dass die Hauptschulen als Allgemeinbildende Schule der mittleren Schulform in den zurückliegenden Jahrzehnten für einen wichtigen Teil der Bielefelder Schülerschaft sehr gute Arbeit geleistet haben und auch zukünftig Schülerinnen und Schüler stark praxisbezogen und handlungs- und methodenorientiert unterrichtet werden müssen, um sich den Anforderungen an den Arbeitsmarkt auch zukünftig stellen zu können.

Die Sekundarschule in ihrer kooperativen, teilintegrierten oder integrierten Form trägt den unterschiedlichen Lebens- und Berufsperspektiven Rechnung und soll Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf eine planbare Schullaufbahn sowohl auf eine berufliche Ausbildung als auch die Hochschulreife vorbereiten und kann daher der zunehmenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler im praxisbezogenen Sek. I. Bereich Rechnung tragen.

Aus diesem Grunde haben wir die Entscheidung der v.-Bodelschwinghschen-Stiftungen sehr begrüßt, im Rahmen ihrer Definition von Bildung im Jahr 2013 eine Sekundarschule mit der Anbindung an das Gymnasium Bethel einzurichten.

Die nunmehr getroffene unternehmerische Entscheidung des Stiftungsvorstandes, die Sekundarschule mit sofortiger Wirkung auslaufend zu schließen, bedauern wir sehr.

Die Bethel-Sekundarschule verwirklicht vorbildlich die pädagogisch sinnvolle Idee gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen bei weitgehenden Differenzierungsmöglichkeiten und "Gemeinsamen Unterricht" von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die qualitativen und organisatorischen Möglichkeiten von Sekundarschulen gilt es daher für die Bielefelder Schullandschaft zu erhalten und den Bielefelder Schülerinnen und Schülern an allen Stadtbezirken Gelegenheit zu bieten, sich für diese integrierte Schulform zu entscheiden.

Unter Berücksichtigung dieser schulpolitischen Erwägungen und weiterer schulorganisatorischer Überlegungen bitten wir Sie, unter dem von uns beantragten Tagesordnungspunkt 3.4.1 der Schulausschusssitzung am 06.12.2016, den in diesem Antrag formulierten Beschlussvorschlag zu behandeln.

Unterschriften:

Thomas Wandersleb
SPD-Fraktion

Marcus Kleinkes
CDU-Fraktion

Gerd-Peter Grün
Bündnis 90/Die Grünen

Gordana Rammert
Ratsgruppe BN/Piraten

SCHUL- UND SPORTAUSSCHUSS

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2016

Zu Punkt 3.4.2 Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten vom 06.12.2016 zur Schulentwicklungsplanung im Sekundarbereich

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4115/2014-2020

Zum Tagesordnungspunkt liegen den Ausschussmitgliedern folgende ergänzenden Unterlagen vor:

- Papier von Herrn Schlifter für die FDP, in dem die Vorstellungen der FDP zur Schulentwicklungsplanung (SEP) vorgestellt werden
- Stellungnahme der Schulkonferenz der Baumheideschule zur beabsichtigten Schließung der Baumheideschule

Herr Wandersleb (SPD) erklärt, dass alle Fraktionen in den letzten Tagen und Wochen umfangreiche Gespräche zur SEP mit verschiedensten Akteuren geführt hätten. Ausfluss dieser Gespräche seien zunächst verschiedene Anträge der Fraktionen gewesen, die gestern der Presse vorgestellt worden seien und heute in den Schul- und Sportausschuss eingebracht werden sollten. Letztlich habe man sich jedoch innerhalb der Fraktionen bzw. Gruppen kurzfristig unmittelbar vor der heutigen Sitzung auf einen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten verständigen können, der nunmehr zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht werde.

Herr Kleinkes (CDU) begründet den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten. Der Antrag basiere zum einen, wie von Herrn Wandersleb bereits ausgeführt, auf zahlreichen Abstimmungsgesprächen der Fraktionen und Gruppen mit den für das System Schule Verantwortlichen, zum anderen aber vor allem auf den Diskussionen und Beratungen in den zahlreichen Sitzungen der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP, die bewusst nichtöffentlich stattgefunden hätten, um unnötige Verunsicherungen und nicht zielführende Diskussionen in der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Herr Kleinkes erklärt, dass der Schul- und Sportausschuss unter TOP 3.14 der heutigen Sitzung über die auslaufende Schließung der Brodhagenschule und der Baumheideschule beraten werde. Seine Fraktion und auch die Koalition würden dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen wollen, so dass damit entschieden werde, die Schulform der Hauptschule nicht mehr fortzuführen, nachdem die schulgesetzlich vorgeschriebenen Fortführungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Anmeldezahlen nicht mehr nachhaltig vorgelegen hätten. Bei dieser Entscheidung hätten die Fraktionen nicht außer Acht gelassen,

dass die Hauptschulen als allgemeinbildende Schule der Sekundarstufe I in den zurückliegenden Jahrzehnten für einen wichtigen Teil der Bielefelder Schülerschaft sehr gute Arbeit geleistet hätten und auch zukünftig Schülerinnen und Schüler stark praxisbezogen und handlungs- und methodenorientiert unterrichtet werden müssten, um den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden.

Die Sekundarschule in ihrer kooperativen, teilintegrierten oder integrierten Form trage den unterschiedlichen Lebens- und Berufsperspektiven Rechnung und könne Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf eine planbare Schullaufbahn sowohl auf eine berufliche Ausbildung als auch die Hochschulreife vorbereiten und daher der zunehmenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler im praxisbezogenen Sek I. Bereich Rechnung tragen. Aus diesem Grunde hätten die Fraktionen und Gruppen die Entscheidung der v.-Bodelschwinghschen-Stiftungen sehr begrüßt, im Rahmen ihrer Definition von Bildung im Jahr 2013 eine Sekundarschule mit der Anbindung an das Gymnasium Bethel einzurichten. Die nunmehr getroffene unternehmerische Entscheidung des Stiftungsvorstandes, die Sekundarschule auslaufend zu schließen, werde sehr bedauert. Die Bethel-Sekundarschule verwirkliche vorbildlich die pädagogisch sinnvolle Idee gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen bei weitgehenden Differenzierungsmöglichkeiten und "Gemeinsamen Unterricht" von Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die qualitativen und organisatorischen Möglichkeiten von Sekundarschulen gelte es daher für die Bielefelder Schullandschaft zu erhalten und den Bielefelder Schülerinnen und Schülern aller Stadtbezirke Gelegenheit zu bieten, sich für diese integrierte Schulform zu entscheiden.

Unter Berücksichtigung dieser schulpolitischen Erwägungen und weiterer schulorganisatorischer Überlegungen sei der am heutigen Tage eingebrachte gemeinsame Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten zu verstehen.

Herr Grün (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten das Ergebnis umfangreicher Planungen, Beratungen, Diskussionen und Gespräche sei. Er wirbt dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Schlifter (FDP) nimmt umfangreich Stellung zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten. Der Antrag und das Verfahren des Zustandekommens des Antrags seien aus seiner Sicht formal, inhaltlich als auch politisch zu kritisieren. Er zeigt sich verwundert darüber, dass von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten zur heutigen Sitzung als Tischvorlage ein gemeinsamer Antrag vorgelegt werde, der nicht, wie in der Vergangenheit bei solchen schulorganisatorischen Maßnahmen üblich, zunächst Prüfaufträge, sondern bereits umfangreiche und unmittelbar zu vollziehende Beschlussvorschläge enthalte. Kritisch sei zu beurteilen, dass der Antrag keinerlei Zahlen und Daten enthalte, aus denen man die Notwendigkeit der zur Beschlussfassung vorgelegten schulorganisatorischen Maßnahmen ableiten könne. Die Sitzungen der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP hätten unter Ausschluss der Öffentlichkeit

stattgefunden, so dass die aus seiner Sicht notwendige öffentliche Diskussion und Beratung vor einer abschließenden Beschlussfassung nicht möglich gewesen bzw. unterblieben seien. Er frage sich, ob die vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen im Vorfeld zumindest mit den Betroffenen abgestimmt worden seien. Er könne sich vorstellen, dass die vorgeschlagene Errichtung einer Sekundarschule „am früheren Standort der Kuhlo-Schule“ für die Schulleitung und Betroffenen der Kuhlo-Schule durchaus eine große Überraschung sein könne. Zusammenfassend müsse nach Auffassung von Herrn Schlifter konstatiert werden, dass das Verfahren unter formalen Gesichtspunkten der Bedeutung der vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen keinesfalls gerecht werde.

Zum inhaltlichen Aspekt erläutert Herr Schlifter, dass er die Vorstellungen seiner Partei zur SEP in Bielefeld im Vorfeld der Sitzung den anderen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt habe. Die Schulform Sekundarschule sei nach Auffassung der FDP nicht die richtige Lösung für die bestehenden Bedarfe. Nach Feststellungen von Herrn Schlifter fehlten aktuell in Bielefeld Kapazitäten für drei Realschulzüge und fünf Züge am Gymnasium. Der Antwort der Landesregierung vom 07.10.2016 (Drucksache 16/13142) auf die Kleine Anfrage 5120 vom 09.09.2016 der Abgeordneten Yvonne Gebauer von der FDP, Drucksache 16/12899, könne entnommen werden, dass von den in den Jahren 2012 – 2015 in NRW neu gegründeten 97 Sekundarschulen 65 Sekundarschulen (67%) rückläufige Anmeldezahlen verzeichneten. Im Schuljahr 2015/16 hätten 31 dieser Sekundarschulen (32 %) nicht die Anmeldezahlen der Neugründung von mindestens 75 Schülerinnen und Schülern halten können. Statt die Schulform Sekundarschule zu favorisieren, sollten nach Auffassung von Herrn Schlifter Kapazitäten im Bereich der Realschulen ausgebaut und die Neuerrichtung eines Gymnasiums geplant werden. Die Attraktivität der Sekundarschule in Bethel liege nach Einschätzung von Herrn Schlifter vor allem am Schulträger und der Vernetzung zum Gymnasium. Die nicht in Gadderbaum wohnenden Eltern wählten die Sekundarschule vor allem deshalb, weil sie den bestehenden öffentlichen Schulangeboten im Bereich Gesamtschule und Realschule angesichts des hier bestehenden Investitionsbedarfs wenig zutrauen würden. Es sei bei der Entscheidung zu einer möglichen städtischen Schule in Gadderbaum zu bedenken, dass nur etwa 40 % der Schüler der Sekundarschule Bethel in Gadderbaum wohnen würden. Sollte das Gymnasium Bethel die Kapazität, wie bereits von den von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel in Aussicht gestellt, um einen Zug erweitern, fehle lediglich noch ein wohnortnahes Angebot von etwa 1 – 1,5 Zügen im Stadtbezirk Gadderbaum. Die im Antrag genannte anzustrebende Kooperation mit dem Gymnasium Bethel im Falle der Errichtung einer eigenen Sekundarschule in Gadderbaum bezeichnet Herr Schlifter als exotisches und unsicheres Modell, weil hier die Kooperation einer städtischen Sekundarschule mit der Oberstufe eines Gymnasiums eines Ersatzschulträgers angestrebt werde. Mit der Errichtung einer städtischen Sekundarschule im Stadtbezirk Gadderbaum sei nach Auffassung von Herrn Schlifter eine falsche Prioritätensetzung verbunden. Das Risiko für die Errichtung von drei städtischen Sekundarschulen in Bielefeld müsse angesichts der bereits genannten rückläufigen Schülerzahlen an Sekundarschulen in NRW als (zu) hoch eingeschätzt werden. Die Schulform Sekundarschule sei als „Gesamtschule ohne Oberstufe“ für Eltern wenig attraktiv und sei

höchstens als einziges Angebot in kleinen Städten funktionsfähig. Zudem würden durch die Umwandlung in Sekundarschulen auf Jahre Schulleitungs- und Lehrerkapazitäten gebunden, die eher für die Verbesserung der Qualität der Ausstattung und Unterrichtsentwicklung zur Verfügung gestellt werden sollten. Die FDP lehne die im Antrag vorgeschlagene Errichtung von bis zu drei städtischen Sekundarschulen damit ab. Hinsichtlich der Umwandlung bzw. Einbeziehung der Kuhloschule in eine neue Sekundarschule fragt sich Herr Schlifter, ob diese Umwandlung nur der Anfang eines Prozesses sei und zukünftig ggf. weitere Realschulen umgewandelt werden sollten. Es sei für ihn zudem unklar, warum auf der einen Seite die Kuhloschule in eine Sekundarschule umgewandelt werden, auf der anderen Seite aber am Standort der Baumheideschule eine Realschule entstehen solle.

Nach allem beantragt Herr Schlifter, den Antrag an die interfraktionelle Arbeitsgruppe SEP zu verweisen und diesen in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Herr Schatschneider (Die Linke) zeigt sich überrascht über die „Dynamik“ der wechselnden und neu vorgelegten Anträge. Am gestrigen Tage seien noch eigene Anträge von CDU und der Koalition der Presse vorgestellt worden, die durch den in der heutigen Sitzung als Tischvorlage eingebrachten Antrag schon wieder überholt seien. Aufgrund dessen sei ihm keinerlei Abstimmung mit seiner Fraktion möglich gewesen.

Herr Schatschneider beantragt aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs, den Antrag in erster Lesung zu beraten sowie den Antrag an die AG SEP zu verweisen und diesen in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Herr Wandersleb hält die Interpretation von Herrn Schlifter, dass die Sekundarschule ein „Auslaufmodell“ sei, für falsch. Weder aus der unter TOP 4.5 der heutigen Sitzung erfolgten Schulträgerberatung durch die Bezirksregierung Detmold noch aus den von Herrn Schlifter zitierten Zahlen der Antwort der Landesregierung vom 07.10.2016 (Drucksache 16/13142) auf die Kleine Anfrage 5120 vom 09.09.2016 der Abgeordneten Yvonne Gebauer von der FDP, Drucksache 16/12899, könnten diesbezügliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Der Großteil der im Antrag vorgeschlagenen schulorganisatorischen Maßnahmen sei in der seit März 2016 tagenden interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP beraten und diskutiert worden. Hier hätten umfangreiche Zahlen und Daten der Verwaltung als Grundlage zu den Beratungen über die SEP vorgelegen. Der unter Nr. 3 des Antrags erfasste Beschlussvorschlag zur möglichen Errichtung einer eigenen Sekundarschule in Gadderbaum sei nach dem am vergangenen Freitag in Bethel stattgefundenen Besuch entwickelt worden. Hier sei durch die Formulierung jedoch deutlich gemacht worden, dass zunächst alle Möglichkeiten eruiert werden sollten, um die von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel zur Aufrechterhaltung ihrer Sekundarschule Bethel zu bewegen. Für den Fall, dass die von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel bei ihrer Entscheidung blieben, sei eine Alternativlösung seitens der Stadt notwendig, die unter Nr. 3 vorgeschlagen werde. Der Vorschlag, am Standort der Kuhloschule eine Sekundarschule zu errichten, sei ebenfalls erst kurzfristig entstanden. Klargestellt werden müsse, dass der vorgelegte Antrag nicht eingebracht worden sei, um ein

mögliches Bürgerbegehren für die Errichtung einer Sekundarschule zu vermeiden, sondern weil man eigenständig eine gestaltende SEP auf den Weg bringen wolle, um den bestehenden Bedarfen und Wünschen der Schülerinnen und Schüler und Eltern gerecht zu werden.

Herr Kleinkes betont, dass in der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP versucht worden sei, die schulpolitischen Entwicklungen und Entscheidungsnotwendigkeiten herauszuarbeiten und deutlich zu machen. Er zeigt sich verwundert, dass Herr Schlifter nicht bereits dort seine zur heutigen Sitzung vorgelegten Vorstellungen zur SEP deutlich gemacht und einer Diskussion zugeführt habe. Der heute eingebrachte Antrag zur SEP sei damit das Ergebnis vielfacher Beratungen und Diskussionen sowohl in der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP als auch mit anderen für das System Schule Verantwortlichen. Die Stellungnahmen der Beteiligten bzw. der von den schulorganisatorischen Maßnahmen Betroffenen stehe noch aus. Das Beteiligungs- bzw. Mitwirkungsverfahren werde im Anschluss an eine Beschlussfassung jedoch unverzüglich eingeleitet, so dass Stellungnahmen in das weitere Verfahren einfließen werden. Herr Kleinkes erklärt, dass seine Fraktion aufgrund der umfangreichen Vorberatungen den Anträgen auf Verweisung des Antrags an die interfraktionelle Arbeitsgruppe SEP sowie auf eine erste Lesung nicht zustimmen werde.

Frau Weißenfeld (SPD) erklärt, dass auch nach ihrer Auffassung die schulorganisatorischen Maßnahmen hinreichend in der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP beraten worden seien. Die Weiterführung des Verfahrens könne durchaus auch unter zeitlichen Aspekten als dringlich betrachtet werden.

Herr Schlifter betont, dass der Aspekt der öffentlichen oder nicht-öffentlichen Beratung im Rahmen der SEP von ihm schon häufiger thematisiert worden sei. Da keine Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP zu den hier infrage stehenden schulorganisatorischen Maßnahmen öffentlich stattgefunden habe, sei eine Beteiligung der Öffentlich bislang gänzlich unterblieben. Zwar seien in der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP von der Verwaltung Zahlen und Daten zur SEP zur Verfügung gestellt worden, jedoch seien daraus aus seiner Sicht nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen worden. Die Errichtung von bis zu drei Sekundarschulen und lediglich einer Realschule in Baumheide sei seiner Auffassung nach angesichts der festgestellten Raumbedarfe im Realschulbereich und im Gymnasialbereich nicht nachvollziehbar und unzureichend.

Frau Röder (Beirat für Behindertenfragen) bittet darum, die Betroffenen im weiteren Verfahren der SEP zu beteiligen. In der bisherigen interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP seien die Betroffenen bislang nicht mit in die Beratungen und Diskussionen zur SEP mit einbezogen worden.

Herr Schatschneider erklärt, dass er sich persönlich, nach jetzt vollständiger Lektüre des erst unmittelbar zum TOP eingebrachten Antrags, diesem Antrag anschließen könne. Unabhängig davon wolle und müsse er jedoch eine Abstimmung mit seiner Fraktion vornehmen. Er könne sich eine Beratung des Antrags in einer Sondersitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP vorstellen.

Herr Vorsitzender Nockemann stellt klar, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe SEP nur empfehlende Beschlüsse aussprechen könne; verbindliche Beschlüsse könne nur der Schul- und Sportausschuss fassen.

Herr Wandersleb erklärt, dass man nicht am Ende, sondern am Anfang der SEP stehe. Die Ablehnung der FDP zur Sekundarschule sei von Herrn Schlifter in der interfraktionellen Arbeitsgruppe SEP in dieser massiven Form nicht geäußert worden. Auch seien von ihm keine Vorstellungen zur Errichtung eines neuen Gymnasiums in der AG SEP präsentiert worden.

Frau Pfaff gibt zum von Herrn Schlifter geäußerten Aspekt eines in Gadderbaum rechnerisch verbleibenden Bedarfs für 1 – 1,5 Züge für die wohnortnahe Beschulung der im Stadtbezirk Gadderbaum wohnenden Kinder zu bedenken, dass alle weiterführenden Schulen sich sowohl aus Schülerinnen und Schülern des eigenen als auch auswärtiger Stadtbezirke rekrutieren würden.

Frau Rammert (Bürger näh e/Piraten) weist darauf hin, dass die Schulkonferenz der Baumheideschule sich für den Erhalt einer Hauptschule am Standort Baumheide ausgesprochen habe. Auch dieser Aspekt müsse im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden.

Frau Rammert beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 18.55 – 19.00 Uhr

Nach Sitzungsunterbrechung erklärt Herr Schatschneider, dass es ihm nicht möglich gewesen sei, in der Sitzungsunterbrechung eine Abstimmung mit seiner Fraktion vorzunehmen. Er bleibt deshalb bei seinem Antrag, den vorliegenden Antrag in erster Lesung zu behandeln. Er weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit gute Sitte im Schul- und Sportausschuss war, einem Antrag auf erste Lesung zuzustimmen, sofern eine Fraktion noch Beratungsbedarf angemeldet habe.

Herr Vorsitzender Nockemann lässt abschließend über die vorliegenden Anträge zur Geschäftsordnung und den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürger näh e/Piraten abstimmen.

Antrag von Herrn Schlifter (FDP):

„Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürger näh e/Piraten wird an die AG SEP verwiesen und dort in öffentlicher Sitzung beraten.“

-einstimmig bei einer Enthaltung abgelehnt-

Antrag von Herrn Schatschneider (Die Linke):

„Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten wird aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfs der Fraktion Die Linke in erster Lesung beraten.“

dafür: 2 Stimmen
dagegen: 13 Stimmen

-mit großer Mehrheit abgelehnt-

Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/Piraten zur SEP im Sekundarbereich

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule am früheren Schulstandort Brodhagen sicher zu stellen. Dabei ist eine Kooperation mit dem Max-Planck-Gymnasium zu erreichen.
2. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule am früheren Schulstandort Kuhlo-Schule sicher zu stellen. Dabei ist eine Kooperation mit dem Helmholtzgymnasium und dem Ceciliengymnasium zu erreichen.
3. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2018/2019 den Betrieb einer drei-/vierzügigen Sekundarschule im Stadtbezirk Gadderbaum sicher zu stellen. Dabei sind alle notwendigen Gespräche zu führen, um eine Kooperation mit dem Gymnasium des privaten Schulträgers v.-Bodelschwingsche-Stiftungen zu erreichen, wobei der Erhalt der Trägerschaft der v.-Bodelschwingschen-Stiftungen oberste Priorität hat.
4. zu prüfen, ob eine Übernahme des Konzeptes der Sekundarschule Bethel möglich ist; dabei ist auch zu prüfen, ob andere alternative Schulsysteme am Standort möglich sind.
5. zu prüfen, ob eine Übernahme/Nutzung von Schulgebäuden des dortigen Sekundarschulstandortes mit den finanziellen Interessen und Möglichkeiten der Stadt Bielefeld vereinbar ist.
6. alle notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen einzuleiten, um für das Schuljahr 2017/2018 den Betrieb einer Realschule im Ganztagsbetrieb im freiwerdenden Schulgebäude Baumheide sicher zu stellen.

7. **einen zusätzlichen einzügigen Ausbau der Gesamtschule Quelle schnellstmöglich zu erreichen.**
8. **bis zur nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 17. Januar 2017 im Einzelnen darzulegen, welche schulorganisatorischen Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten gemeinsamen Ziele notwendig sind.**
9. **Sollte die Verwaltung externe Hilfe zur Erreichung der oben genannten gemeinsamen Ziele benötigen, soll sie diese in Anspruch nehmen und den Schul- und Sportausschuss hierüber regelmäßig informieren.**
10. **Der Schul- und Sportausschuss wird in jeder Sitzung unter einem ordentlichen Tagesordnungspunkt über den Verlauf der beauftragten und weiterhin notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen informiert.**

dafür: 14 Stimmen
dagegen: 1 Stimme

-mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme beschlossen-

(Anmerkung: Herr Schatschneider hat dem Antrag unter Vorbehalt einer noch notwendigen Abstimmung mit seiner Fraktion zugestimmt.)
